



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 7. September 2022

571. 2022/173

Weisung vom 04.05.2022:

Sozialdepartement, Schuldenberatung Kanton Zürich, Beiträge 2023–2026

Antrag des Stadtrats

Dem Verein Schuldenberatung Kanton Zürich wird für die Jahre 2023–2026 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 143 000.– für die Basisleistungen und die Grundberatungen bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Fanny de Weck (SP): *Der Verein Schuldenberatung Kanton Zürich wird seit dem Jahr 1994 von der Stadt unterstützt. Im Namen der gesamten Kommission beantrage ich einen weiteren leistungsabhängigen jährlichen Maximalbeitrag von 143 000 Franken für die Jahre 2023 bis 2026. Das Ziel der Schuldenberatung ist die Verringerung der Schulden der Betroffenen durch Beratungen und Vermittlung von Fachwissen. An den Grundberatungen werden persönliche Situationsanalysen und Massnahmen zur Existenzsicherung sowie Budgetberatungen vorgenommen. Bei Bedarf werden auch Gläubigerverhandlungen und rechtliche Fragen geklärt. Der Verein leistet zudem wichtige Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit. Er steht im Austausch mit Betreibungsämtern, aber auch anderen Organisationen wie etwa dem Casino Zürich. Der kalkulierte Sollwert der Grundberatungen wurde im Jahr 2021 um acht Beratungen überschritten, während er im Jahr 2020 noch knapp darunter lag. Der bisherige Bedarf ist somit korrekt berechnet und gemäss dem Verein aktuell stabil, weshalb der gleiche Beitrag wie in der letzten Vierjahresperiode beantragt wird. Im Jahr 2021 kam es in der Stadt zu 92 860 Betreibungen von Privatpersonen. Die Überschuldung ist für die Betroffenen extrem belastend und erschwert ihnen das Leben in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche. Überschuldung ist aber auch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sowohl für Staat als auch Private hohe Kosten verursacht. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen Steuern und Gesundheitsvorsorge direkt vom Lohn abgezogen werden, geraten Menschen mit bescheideneren Einkommen oft wegen diesen elementaren Zahlungen unter Druck. Die Schweiz hat ein aussergewöhnlich gläubigerfreundliches Schuldbetreibungs- und Konkursrecht und anders als in vielen anderen Ländern kennen wir kein privates Entschuldungsverfahren. Wenn man in der Schweiz einmal Schulden angehäuft hat, ist es äusserst schwierig, wieder daraus hinauszufinden. Umso mehr braucht es Unterstützung, Beratung und Information. Der Bedarf an einer professionellen Schuldenberatung ist ausgewiesen. Der Verein Schuldenberatung bietet diese Hilfe für viele Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher.*



Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Die SVP ist derselben Meinung und unterstützt die Schuldenberatung. Auf der bürgerlichen Seite des Rats leben wir selbstverständlich nach den von der Schuldenberatung vermittelten Maximen. Der rot-grünen Mehrheit im Rat müsste aber eigentlich alles, was die Schuldenberatung predigt, im Innersten zuwider sein. So will die rot-grüne Mehrheit beispielsweise bei der aktuellen Vorlage zu den Tagesschulen den Betrag von 72 Millionen Franken pro Jahr verdoppeln, obwohl die Stadt bereits 4 Milliarden Franken Schulden hat. Fanny de Weck (SP) verkündete soeben, es sei in der Schweiz äusserst schwierig, wieder aus Schulden hinauszufinden. Gleichzeitig sind die rot-grünen Parteien Weltmeister darin, Schulden anzuhäufen. Man kann bei der Schuldenprävention Stadt Zürich kostenlos Flyer bestellen. Diese werden zum Beispiel an Jugendliche verteilt, vielleicht könnte man sie aber auch bei den entsprechenden Parteien auflegen. Sie wollen die Bürger der Stadt belehren, wie diese mit Geld umzugehen haben, und geben selber an jeder Gemeinderatssitzung masslos viel Geld aus. Das Traktandum zur Schuldenberatung ist interessanterweise direkt vor der Kongresshaus-Weisung platziert – eine Institution, in die wir schon unzählige Millionen Franken investiert haben. Vor wenigen Jahren wurde bei 72 Millionen Franken ein Schuldenschnitt vollzogen. Nun vermeldet dieselbe Institution erneut Schulden und der Gemeinderat will auch diese wieder bezahlen. Man kann auf diese Art durchs Leben gehen, wenn man will. Aber es ist ironisch, wenn man dann betont, wie wichtig es sei, dass man die Bürgerinnen und Bürger der Stadt belehre, wie sie mit Geld umzugehen hätten. Zum Abschluss ein Zitat von einem Flyer der Schuldenberatung: «Geld ist nicht gratis».

Schlussabstimmung

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Fanny de Weck (SP), Referentin; Präsident Marcel Tobler (SP), Walter Angst (AL), Ivo Bieri (SP) i. V. von Nadia Huberson (SP), Alexander Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Martin Busekros (Grüne) i. V. von Yves Henz (Grüne), Anthony Goldstein (FDP) i. V. von Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP), Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Verein Schuldenberatung Kanton Zürich wird für die Jahre 2023–2026 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 143 000.– für die Basisleistungen und die Grundberatungen bewilligt.



3 / 3

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. September 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 14. November 2022)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat